



An den Grossen Rat

25.5528.02

WSU/P255528

Basel, 17. Dezember 2025

Regierungsratsbeschluss vom 16. Dezember 2025

Interpellation Nr. 125 Eric Weber betreffend Begutachtung von «missliebigen» Bürgern durch den Staat

(Eingereicht vor der Grossratssitzung vom 10. Dezember 2025)

«Wie tief ein Staat sinken kann, zeigt sich oftmals in sogenannten Schurkenstaaten, die die politische Opposition noch vor dem Wahlgang ausschalten und nicht einmal zur Wahl antreten lassen.

In der Schweiz sind solche Verhältnisse dank unserer langjährigen Demokratie-Tradition undenkbar. Aber es häufen sich die Hinweise, dass immer mehr Bürger durch den Staat in eine Begutachtung geschickt werden.

1. Wie viele Begutachtungen gab es in den letzten fünf Jahren?
 2. Von wem wurden die Begutachtungen beantragt?
 3. Wie kann man sich gegen eine Begutachtung wehren?
 4. Was sind mögliche Gründe für Begutachtungen? Bitte ein paar Beispiele nennen. Danke.
 5. Was sind die Folgen einer Begutachtung? Kann ein Bürger dann von seinen politischen Rechten ausgeschlossen werden?
- Eric Weber»

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

1. *Wie viele Begutachtungen gab es in den letzten fünf Jahren?*
2. *Von wem wurden die Begutachtungen beantragt?*
3. *Wie kann man sich gegen eine Begutachtung wehren?*
4. *Was sind mögliche Gründe für Begutachtungen? Bitte ein paar Beispiele nennen. Danke.*
5. *Was sind die Folgen einer Begutachtung? Kann ein Bürger dann von seinen politischen Rechten ausgeschlossen werden?*

Die Interpellation ist dahingehend zu verstehen, dass es um Begutachtungen im Zusammenhang mit dem aktiven und passiven Wahlrecht geht. Der Staat macht in diesem Zusammenhang keine Begutachtungen.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Dr. Conradin Cramer
Regierungspräsident

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin